



## Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

Beim Landesamt für Verfassungsschutz Hessen ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt am Dienort Wiesbaden in der Abteilung 2 "Rechtsextremismus / -terrorismus" eine Stelle als

### **Referent / Referentin (w/m/d) für Strukturanalyse und strategische Auswertung im Bereich des strukturierten Rechtsextremismus**

zu besetzen.

Es steht eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 h. D. zur Verfügung.

Bereits verbeamtete Bewerberinnen und Bewerber können bis zur Besoldungsgruppe A 13 h. D. übernommen werden. Bewerberinnen und Bewerber als Tarifbeschäftigte werden in der Entgeltgruppe E 13 TV-H eingestellt werden. In diesem Fall ist eine spätere Verbeamtung bei Vorliegen der haushalts- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen beabsichtigt. Für die Tätigkeit beim LfV wird eine Sicherheitszulage in Höhe von 197,48 Euro brutto gezahlt.

Kernaufgabe ist dabei, die Analyse- und Prognosefähigkeit des LfV Hessen im Bereich des strukturierten Rechtsextremismus weiter auszubauen und die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse sowohl für methodengestützte Analysen und bedarfsorientierte Lagebilder, als auch für die weitere operative Bearbeitung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus nutzbar zu machen. Die Stelle zeichnet sich somit insbesondere dadurch aus, dass nicht die wissenschaftliche Bearbeitung extremistischer Phänomene im Vordergrund steht, sondern vielmehr die wissenschaftliche Expertise und das erworbene empirische Fachwissen intensiv in der praktischen Umsetzung der Aufgabenstellungen des LfV Hessen einzubringen und ziel- und bedarfsgerecht zur Aufgabenerfüllung zu operationalisieren ist.

#### **Aufgabenschwerpunkte:**

- Erstellung von fachbezogenen Konzepten organisatorischer, methodischer, strategischer und fachlicher / inhaltlicher Art, insbesondere für Analyseprojekte unterschiedlicher Reichweite
- Fachliche Leitung und Mitarbeit in Analyse- und Auswertungsprojekten

- Erstellung von Projektberichten sowie weiteren Publikationen und zielgruppenspezifischen Berichten
- Mitarbeit in besonderen Aufbauorganisationen
- Vortragstätigkeiten
- Bereitschaft zur Übernahme von Sonderaufgaben
- Enge Zusammenarbeit mit anderen Fachdezernaten sowie relevanten Stellen anderer Sicherheitsbehörden
- Koordination und Controlling von Aufgaben im Dezernat gemäß Zuweisung durch die Dezernats-/Abteilungsleitung
- Vertretung des Dezernats in internen und externen Angelegenheiten gemäß Zuweisung durch die Dezernats-/Abteilungsleitung
- Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen gemäß Zuweisung durch die Dezernats-/Abteilungsleitung, insbesondere im Bereich der Methoden- und Analysekompetenz
- Unterstützung der Dezernatsleitung bei der Organisation dezernatsinterner Abläufe

#### **Fachliches Anforderungsprofil:**

- Abgeschlossenes Hochschulstudium in den Fachrichtungen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (Magisterprüfung, Masterprüfung oder Diplomprüfung)
- Fundierte Kenntnisse des Phänomenbereichs Rechtsextremismus, insbesondere für den Bereich des strukturierten Rechtsextremismus (bspw. in den Spektren parteiungebundener Rechtsextremismus, Legalismus, Neue Rechte)
- Fundierte Erfahrung in der Konzeption, Durchführung und Präsentation (schriftlich/mündlich) von Analyseprojekten unterschiedlicher Reichweite
- Mehrjährige Praxiserfahrung im wissenschaftlichen Arbeiten im Hochschulbereich, dabei ist der Phänomenbereich Rechtsextremismus wünschenswert
- Überzeugende schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit, hervorragende Kenntnisse der deutschen Sprache
- Erfahrung im Bereich Vortragstätigkeiten
- Ausgeprägtes Interesse an gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und deren Aus- und Wechselwirkungen für den Rechtsextremismus
- Grundlegende Kenntnisse über verwaltungstechnische / behördliche Abläufe
- Erfahrung in der Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern / im Bereich der Erwachsenenbildung
- Sicherer Umgang mit dem Internet sowie gängigen IT-Anwendungen (MS Office Programme)
- Erste Berufserfahrungen im sicherheitsbehördlichen Bereich sind wünschenswert

### **Persönliches Anforderungsprofil:**

- Sehr ausgeprägte Leistungsbereitschaft sowie hohe Belastbarkeit
- Ausgeprägte methodische und analytische Kompetenzen, hohe Bereitschaft zur interdisziplinären Zusammenarbeit
- Sehr zuverlässiges, in hohem Maße selbstständiges Arbeiten
- Ziel- und ergebnisorientiertes Denken und Handeln, eine sehr gute Auffassungsgabe
- Hohes Verantwortungsbewusstsein, sehr gutes Zeit- und Aufgabenmanagement
- Überzeugendes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen, sicheres Auftreten in unterschiedlichen Kontexten
- Sehr hohes Maß an sozialer Kompetenz, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit
- Bereitschaft zu Dienstreisen innerhalb und außerhalb von Hessen, Besitz der Fahrerlaubnis der Klasse B wünschenswert
- Bereitschaft zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung bei dienstlichen Belangen, auch außerhalb der Regelarbeitszeiten
- Bereitschaft zu regelmäßigen Fortbildungen
- Verständnis für die besonderen Belange eines Nachrichtendienstes
- Deutsche Staatsangehörigkeit

Dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV Hessen) ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Anliegen. Dem LfV Hessen wurde das Gütesiegel "Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen" verliehen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen verschiedene Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Sie arbeiten in einem stark teamorientierten Arbeitsumfeld und erhalten das Landesticket zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV in Hessen.

Aus dem hessischen Gleichberechtigungsgesetz im Zusammenhang mit dem Frauenförderplan ergibt sich die Verpflichtung, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht. Schwerbehinderte Personen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund werden ausdrücklich begrüßt. Ehrenamtliches Engagement wird in Hessen gefördert. Im Ehrenamt erworbene Erfahrungen und Fähigkeiten können gegebenenfalls im Rahmen von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung positiv berücksichtigt werden, wenn sie für die vorgesehene Verwendung dienlich sind. Die Stelle kann auch in Teilzeit besetzt werden.

Eine Einstellung in das LfV Hessen ist notwendigerweise mit einer Sicherheitsüberprüfung nach dem Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetz (HSÜVG) verbunden, der Sie sich unterziehen müssen. Der Einstellungstermin ist abhängig von der ab-

geschlossenen Sicherheitsüberprüfung. Im Rahmen der Vorauswahl der Bewerbungen erfolgt eine Abfrage im nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS). Mit der Durchführung dieser Maßnahme, die zur frühen Abklärung einer entscheidenden beruflichen Anforderung sowie in Vorbereitung eines Vorstellungsgespräches im LfV Hessen zwingend erforderlich ist, erklären Sie sich mit Einsendung Ihrer Bewerbung einverstanden.

Haben wir Ihr Interesse an einer Mitarbeit in einem Nachrichtendienst geweckt?

Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen, in jedem Fall mit aktuellen Zeugnissen bzw. Beurteilungen, sonstigen Referenzen sowie der Angabe einer Telefonnummer und einer E-Mail-Adresse bis spätestens **6. Dezember 2024**

**als verschlossene Personalsache** an das

**Landesamt für Verfassungsschutz Hessen**

**Dezernat 11 - Personal**

**Postfach 39 05**

**65029 Wiesbaden**

Bitte fügen Sie Ihren Bewerbungsunterlagen keine Originalzeugnisse und Originalbescheinigungen bei, sondern legen nur Fotokopien vor, da die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden können. Bewerbungskosten können nicht erstattet werden.

Bei einer Bewerbung per E-Mail senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen in einer PDF-Datei an die folgende E-Mail-Adresse:

[bewerbung@lfv.hessen.de](mailto:bewerbung@lfv.hessen.de)

### **Datenschutzinformation**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund von § 23 Abs. 1 i.V.m. Abs. 8 Satz 2 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG) zum Zwecke der Durchführung des Bewerbungsverfahrens. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund von § 23 Abs. 1 i.V.m. Abs. 8 Satz 2 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG) zum Zwecke der Durchführung des Bewerbungsverfahrens.